Stand: 16.12.2025 00:34:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13354

"Mehr Prävention und Transparenz für den Risikostrukturausgleich"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13354 vom 13.10.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14474 des GP vom 25.10.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/14741 vom 08.12.2016
- 5. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 08.12.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.10.2016 Drucksache 17/13354

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Prävention und Transparenz für den Risikostrukturausgleich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs einzusetzen. Folgende Aspekte sind dabei besonders zu berücksichtigen:

- Präventionsleistungen gehören zu den vorrangigen Aufgaben der gesetzlichen Krankenkassen und müssen daher als zentrales Element eine besondere Berücksichtigung bei den Ausgleichszahlungen finden.
- 2. Transparenz ist ein unverzichtbares Merkmal für das gesamte System der gesetzlichen Krankenversicherung. Die diagnoseorientierten Zahlungen aus dem Gesundheitsfonds haben sich nicht bewährt. Sie sind daher durch ein am tatsächlichen Arbeitsaufwand des Arztes ausgerichtetes Bewertungssystem zu ersetzen.
- Auf die Beendigung der Benachteiligung Bayerns als Hochpreisland innerhalb des Risikostrukturausgleichs ist hinzuwirken.

Begründung:

Das Gesundheitssystem ist vorrangig an der Behandlung von Krankheiten und der Regelung ihrer Finanzierung ausgerichtet. Viel zielführender ist aber eine Stärkung der Prävention der Bevölkerung, um dem Entstehen von Krankheiten von vornherein entgegenzuwirken und gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern. Das gegenwärtige Finanzierungssystem bietet hierfür aber keine geeigneten Anreize, im Gegenteil steigen die Zahlungen an die Krankenkassen je kränker die Versicherten sind.

Ein Hauptproblem des deutschen Gesundheitssystems ist seine Intransparenz und die schwierige Nachvollziehbarkeit der Zahlungsströme. Eine wesentliche Ursache stellen dabei die diagnoseorientierten Zahlungen aus dem Gesundheitsfonds an die Krankenkassen dar. Es liegt in der Natur der Sache, dass Krankheitsbilder individuellen Schwankungen unterliegen und es für eine Vielzahl von Diagnosen keine klare Abgrenzungsmöglichkeiten gibt. Hier liegt ein Ansatzpunkt für Manipulationsmöglichkeiten, der beseitigt werden muss. Eine Ausrichtung der Zahlungen am tatsächlichen Arbeitsaufwand der Ärzte, der von Patient zu Patient sehr unterschiedlich sein kann, wirkt diesen Beeinflussungen durch die Krankenkassen entgegen. Ein "Upcoding" ist dann nicht mehr möglich.

Die Benachteiligung Bayerns als Hochpreisregion ist mittlerweile wissenschaftlich belegt und insofern baldmöglichst zu beenden. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13353 – das ist der Antrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN – zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – CSU und FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13312 mit 13317 sowie 17/13354 mit 13356 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 a auf:

Erste Lesung

zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich dieser Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgesehenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich gehe von keinen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen aus.

Dann komme ich zum Tagesordnungspunkt 6 e:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes (Drs. 17/13146) - Erste Lesung -

Da gibt es eine Einigung der Fraktionen, dass auch dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache erfolgen kann. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 b auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Grundstückverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes (Drs. 17/13065) - Erste Lesung -

Die SPD-Fraktion verbindet Begründung und Aussprache miteinander. Damit hat die SPD elf Minuten

Redezeit. Ich eröffne damit sogleich die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Arnold das Wort. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf berührt eine Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Grundstückverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes und beruht insbesondere darauf, dass das Grundstückverkehrsgesetz in diesem Zusammenhang vorsieht, den Flächenverbrauch und die Kleinteiligkeit von landwirtschaftlichen Flächen in Bayern bzw. in Deutschland zu erhalten. Dafür gibt es eine dringende Notwendigkeit, die darin besteht, auf der einen Seite den Fortbestand des land- und forstwirtschaftlichen Betriebswesens zu sichern, auf der anderen Seite Schutz zu bieten vor dem Ausverkauf entsprechender Flächen – man spricht in diesem Zusammenhang von mikroökonomischen Motivationen -, die Agrarstruktur insgesamt zu schützen und makroökonomisch - das wird immer wichtiger - die Ernährung regional zu sichern. Diese drei Punkte sind notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Zweck besteht die Möglichkeit für die Länder, entsprechend Genehmigungsflächen festzulegen. Bislang müssen in Bayern Grundstücksverkäufe im landwirtschaftlichen Bereich erst ab zwei Hektar überhaupt genehmigt werden. Viele Dinge bleiben deswegen außen vor. Wir haben dies zum Anlass genommen, in unserem Gesetzentwurf zu fordern, dass zum einen die Genehmigungsfläche auf 0,5 Hektar herabgesetzt wird und zum anderen die Schutzfrist für die Beurteilung dieser Fläche auf drei Jahre festgelegt wird, um etwaige Umgehungstatbestände im zeitlichen Ablauf einzugrenzen. Dieser Schutz ist mehr denn je notwendig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die jüngsten Krisen in der Landwirtschaft haben nämlich zu einer Strapazierung der finanziellen Reserven der Erzeugerinnen und Erzeuger geführt. Wir haben uns lang und breit mit der Problematik der Milchkrise auseinandergesetzt, die noch nicht zu Ende ist. Die Kosten in diesem Bereich steigen und machen es immer wieder erforderlich, Grundstücksverkäufe zu generieren, um überhaupt einen Cashflow für den laufenden Betrieb zu sichern. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Vermögenspolitik und die Zinspolitik, die wir oft in diesem Haus besprochen haben, dazu führen, dass sich immer mehr Investoren, auch landwirtschaftsfremde Institutionen, in Investitionen in Grund und Boden flüchten bzw. versuchen, dort ihr Geld zu parken. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Preise in die Höhe schnellen und die

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.10.2016 Drucksache 17/14474

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/13354

Mehr Prävention und Transparenz für den Risikostrukturausgleich

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Dr. Karl Vetter
Mitberichterstatter: Bernhard Seidenath

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 25. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

08.12.2016 Drucksache 17/14741

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/13354, 17/14474

Mehr Prävention und Transparenz für den Risikostrukturausgleich

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummer 2 und die Nummer 24 der Anlage. Das sind der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Bayerische Medienvielfalt stärken: Marginalisierung des Regionalfernsehens entgegenwirken" auf Drucksache 17/11720 und der Antrag der SPD auf Drucksache 17/11422 betreffend "Förderung des lokalen und regionalen Fernsehens", die gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 10 – das ist der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Mediengesetzes – beraten werden sollen.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt folgt noch die Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD Uran in Düngemitteln – Schutz des Grundwassers und der landwirtschaftlichen Nutzflächen Drs. 17/5212, 17/14405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Medienvielfalt stärken: Marginalisierung des Regionalfernsehens entgegenwirken Drs. 17/11720, 17/14539 (G)

der Antrag wird mit TOP 10 – 2. Lesung des Mediengesetzes auf Drs. 17/13225 – beraten

Anlage 1
zur 89. Vollsitzung am 8. Dezember 2016

3.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD ÖPNV-Busförderung stärker auf alternative Treibstoffe ausrichten und CO_2 sowie NO_x einsparen Drs. 17/12425, 17/14493 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		ENTH		
4.	Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Wildlebensraumberatung Drs. 17/12443, 17/14486 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
5.	Antrag der Abgeordne Neuauflage der Brosch und Weiden" Drs. 17/12598, 17/144	nüre der LfL "Unkrautn			
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	

6.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
	und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Neuen Bundesverkehrswegeplan zügig umsetzen –
	staatliche Bauämter und Autobahndirektionen stärken
	Drs. 17/12696, 17/14494 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			A

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Bericht über den Stand der Umsetzung der Waldschutzziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie – Bayern muss handeln! Drs. 17/12712, 17/14488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Kommunale Katzenschutzverordnungen – Ermächtigungsgrundlage im Landesstraf- und Verordnungsgesetz schaffen Drs. 17/12716, 17/14454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

9.	Dr. Leopold Herz u.a. Weiteres Höfesterben verhindern Drs. 17/12718, 17/144	489 (G) Inden Ausschusses für	WÄHLER) nmoniakemissionsvors	chriften
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		A

 Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Joachim Unterländer, Peter Winter u.a. CSU
 Teil Blindengeld einführen, Beschlüsse von St. Quirin umsetzen.

Teil-Blindengeld einführen, Beschlüsse von St. Quirin umsetzen Drs. 17/12925, 17/14503 (E)

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechtsunsicherheit beseitigen: Weiterentwicklung des Glücksspielstaatsvertrags forcieren Drs. 17/13015, 17/14490 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zu Entwicklungen beim Glücksspielstaatsvertrag
 Drs. 17/13026, 17/14491 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsorgeprinzip schützen – Keine Aufweichung durch CETA Drs. 17/13072, 17/14542 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wasserversorgung in öffentlicher Hand behalten – Kein Zugriff durch CETA Drs. 17/13074, 17/14541 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Expertenanhörung – Dritter Nationalpark für Bayern Drs. 17/13077, 17/14344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

16.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Keine Gentechnik durch CETA – Bayern muss gentechnikfrei bleiben
	Drs. 17/13082, 17/14540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine versteckten Steuergeschenke für Atomkonzerne – Brennelementesteuer beibehalten

Drs. 17/13089, 17/14485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Direktvermarktung von Rohmilch unterstützen – praxisnahe Novellierung der Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung Drs. 17/13114, 17/14406 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	团	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Konzept zur Umsetzung der Studienorientierungsverfahren Drs. 17/13154, 17/14505 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Regionalität und Dezentralität fördern – nachhaltiges Schlachthofkonzept vorlegen Drs. 17/13317, 17/14407 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mehr Prävention und Transparenz für den Risikostrukturausgleich Drs. 17/13354, 17/14474 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Α

22.

 ntrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
 Dritter Nationalpark in Bayern jetzt! Potenzial- und Machbarkeitsstudie statt leeren PR-Ankündigungen Drs. 17/13357, 17/14404 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. CSU Linksextremismus und linksextremistische Gewalt in Bayern Drs. 17/13713, 17/14413 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher u.a. SPD Förderung des lokalen und regionalen Fernsehens Drs. 17/11422, 17/14506 (G) [X]

der Antrag wird mit TOP 10 – 2. Lesung des Mediengesetzes auf Drs. 17/13225 – beraten